



Geschäftsstellen: Diez, Düsseldorf

Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

**Verein gegen
Rechtsmißbrauch e.V.**
Röderbergweg 34
60314 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 43 35 23
Fax: 069 / 43 05 17 28
VGR-Ffm@t-online.de
www.justizgeschaedigte.de

14. Januar 2016

„Früher die rote Karte zeigen“ / FR vom 14.1.2016

Lieber Bronski,

in diesem Interview vertritt die die SPD-Generalsekretärin Katarina Bartley die Ansicht, dass „Deutschland so stark geworden ist, weil wir ein Rechtsstaat sind.“ Sie ist von Beruf Rechtsanwältin und müsste es deshalb eigentlich besser wissen, dass Deutschland eben nicht durchgängig ein Rechtsstaat ist. Der Rechtsstaat ist dadurch charakterisiert, dass die für den Staat handelnden Richter, Beamte und Angestellte und deren weibliche Gegenstücke sich an Gesetz und Recht halten; deshalb heißt er Rechtsstaat. Hierfür einige Belege, dass die Richter(innen), die für die Rechtsprechung handelnden Personen sich oft nicht daran halten.

Kenner unserer Rechtsprechung schätzen, dass 25 bis 30% aller gerichtlichen Entscheidungen falsch sind. Der Richter am Bundesgerichtshof Dr. Ralf Eschelbach hat auffällige Strafurteile untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Viertel falsch, also rechtsfehlerhaft sind (DER SPIEGEL vom 14.5.2012, Seite 59). Der bedeutende Rechtspolitiker der SPD Dr. Adolf Arndt, er wurde als Kronjurist der SPD bezeichnet, hat die Arbeit der Richterschaft ironisiert, denn er meinte, dass „unsere Richter das Grundgesetz so sehr achten, dass sie es nur an hohen Festtagen anwenden“ (Betrifft JUSTIZ 2000, Seite 331). Bestätigt wird seine Meinung durch die Tatsache, dass etwa Dreiviertel der Verfassungsbeschwerden den Verstoß gegen den Anspruch auf das rechtliche Gehör (Artikel 103 Absatz 1 Grundgesetz; Neue Juristische Wochenschrift 1982, Seite 2337) rügen.

Aus den vorstehenden Tatsachen ergibt sich, dass jedes Jahr viele Bürger(innen) durch die Rechtsprechung um ihr Recht gebracht werden, oder unschuldig zu einer Gefängnisstrafe verurteilt werden. Der Fall Gustl Mollath ist nur die Spitze des Eisberges. Dass diese Personen ihr Vertrauen in den Rechtsstaat verloren haben, ist verständlich.

Der SPD-Generalsekretärin ist zu empfehlen, sich vorher sachkundig zu machen, wenn sie über unseren angeblichen Rechtsstaat vollmundig Erklärungen abgibt. Jedenfalls dürfte sie mit einer solchen, zuvor kritisierten Ansicht keine Werbung für ihre Partei machen.

Mit freundlichen Grüßen

(Horst Trieflinger)
Vorsitzender